

Grünliberale Partei Kanton Bern

Vernehmlassungsantwort

Thema	Änderung Gesetz und Verordnung über Niederlassung und Aufenthalt der Schweizer, digitaler Umzug
Für Rückfragen	Monika Schmidiger (Grossrätin), Tel. 077 20315 98 Tamara Jost (Grossrätin) Tel. 079 955 86 02
Absender	Grünliberale Partei Kanton Bern, Postfach 2436, 3001 Bern E-Mail: be@grunliberale.ch , www.be.grunliberale.ch
Datum	29. September 2022

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zu obgenanntem Vernehmlassungsverfahren danken wir und nehmen wie folgt Stellung:

Gestützt auf die zahlreichen positiven Rückmeldungen der Gemeinden, begrüssen die Grünliberalen die flächendeckende Einführung der elektronischen An- und Abmeldung. Nichtsdestotrotz ist es den Grünliberalen ein Anliegen, dass eine An- oder Abmeldung in der Gemeinde auch weiterhin analog möglich bleibt.

Da seit 2021 die Gemeinden die Möglichkeit haben, direkt über das vom Bund betriebene Personen-Informationssystem die Personenstanddaten abzufragen, ist aus Sicht der Grünliberalen die Abschaffung des Heimatscheins und des Heimatausweises zu begrüssen.

Wie im Evaluations- und Controlling-Bericht beschrieben, werden die Sicherheitsmassnahmen laufend überprüft und angepasst. Die e-Operation Schweiz AG, die beauftragt wurde, ein Nachaudit auszuführen, konnte im Nachaudit wesentliche Schwachstellen im technischen Bereich ausbessern. Jedoch ist wegen der andauernden Schlechterfüllung des Vertrages durch die e-Operation Schweiz AG zu befürchten, dass auch künftig Sicherheitslücken entstehen werden. Aus diesem Grund ist uns wichtig, dass die stetige Reduzierung der Sicherheitsrisiken gewährleistet werden muss. Es braucht einen fortlaufenden Sicherheitsprozess, der sich laufend an die neuen Risiken anpasst. Ansonsten kann kein Sicherheitsniveau nach dem Stand der aktuellen Technik gewährleistet werden.

Die Grünliberalen erachten eine Meldepflicht für Vermieter, Logisgeber, Kollektivhaushalte und Liegenschaftsverwalter als unnötig. Volljährige Personen haben die Pflicht, sich eigenverantwortlich bei der Gemeinde anzumelden. Für minderjährige Personen bleiben die gesetzlichen Vertreter für die Anmeldung verantwortlich.

Die Grünliberale Partei beantragt deshalb, Artikel 2b zu streichen. Und somit auch 1a-f und 2 und 3 a und b.

Für die Berücksichtigung unserer Eingaben danken wir herzlich.

Freundliche Grüsse

Monika Schmidiger, Tamara Jost
Grossrätinnen

Casimir von Arx
Präsident Grünliberale Kanton Bern